

Steinheimer Zeitung

Blatt für das Emmertal

Ämthliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark
mit der Beilage „Christliche Familie“
8.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“
erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowitsch, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Zeile, 26
mm breit) oder deren Raum 50 Hg.,
die zweispaltige (Zeile, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark.
Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden.
Druck und Verlag: Carl Simonowitsch, Steinheim i. Westf.

Nr. 5.

Steinheim, Sonnabend, den 15. Januar 1921.

26. Jahrgang.

Die neuen Kohlenforderungen.

2,2 Millionen Tonnen monatlich.

Das bereits vor einigen Tagen angekündigte Kohlenkontingent ist jetzt tatsächlich von der Wiederherstellungskommission beschlossen worden. Nach Pariser Meldungen hat die Kommission ein provisorisches Programm für die Monate Februar und März festgelegt. Hiernach werden die deutschen Lieferungen für diesen Zeitraum von 2 Millionen auf 2,2 Millionen Tonnen monatlich erhöht. Außerdem sollen im gleichen Zeitraum die Beihilfen von 500 000 Tonnen noch geliefert werden, so daß die Gesamthöhe der deutschen Lieferungen für die beiden nächsten Monate sich auf je 2 450 000 Tonnen belaufen soll.

Eine derartige Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich muß geradezu katastrophale Folgen für unser ganzes Wirtschaftsleben haben. Während in Frankreich sämtliche Lager mit etwa 12—15 Millionen Tonnen Steinkohlen vollgepfropft sind, für die man in der nächsten Zeit keinerlei Verwendung hat, werden bei uns täglich neue Betriebsbeschränkungen verfügt, Tausende von Arbeitern können infolge des Kohlenmangels von unserer Industrie nur bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden, und die Zahl der Erwerbslosen steigt von Tag zu Tag in erschreckendem Maße.

Drohende Einschränkung des Personenverkehrs.

Eine weitere Folge des Spa-Abkommens ist die drohende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Seit dem Beginn der Ausführung des Spa-Abkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivheizung notwendigen Kohlenvorräte nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen; zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden.

Damit nähert sich die Lage dem Gefahrpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstlokalen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

Sollte Deutschland wirklich zur Erfüllung der neuen Kohlenforderungen gezwungen werden, dann sind die Folgen gar nicht abzusehen. Der Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens wäre unausfallbar.

Der polnische Schrecken in Oberschlesien.

Ein kräftiges Wort der deutschen Regierung.

!! In den Notizen, die bisher in Sachen Oberschlesien hin und hergingen, wurde über Einzelheiten und Formalitäten verhandelt. Jetzt hat unsere Regierung endlich die Haupt- und Kernfrage angeschnitten, um vor aller Welt klar zu stellen, daß durch verbrecherische Gewalttaten Oberschlesien uns entzogen werden soll.

Bisher mühten sich unsere Diplomaten in der Verteidigung ab, indem sie gegenüber den Zumutungen der Entente die rechtlichen und praktischen Gründe darlegten; die gegen das geplante Abstimmungsverfahren sprachen. Jetzt geht sie zu einem Angriff über gegen die Missetaten, die von den Polen und ihren Günstlingen begangen werden. Bei dem Worte „Angriff“ darf man freilich nicht an ein unfriedliches Vorgehen denken. Vielmehr hat die jüngste Note der deutschen Regierung gerade den Zweck, den Frieden und die Sicherheit in Oberschlesien zu retten gegenüber dem Frevel an Leib und Gut. Es gilt, die Freiheit der Stimmberechtigten zu verteidigen. Also paßt der Ausdruck: defensiver Vorstoß.

Unsere Regierung tritt als Ankläger auf und scheut sich nicht, den Schuldigen beim rechten Namen zu nennen. Was würde es nützen, wenn sie der polnischen Regierung wegen der Lieferung von Waffen, Geld und Mäubern ins Gewissen reden wollte? Die würde nach wie vor alles ableugnen und den Unfug fortsetzen, so lange es möglich ist. Wir müssen uns an General Le Rond halten und an seine Auftraggeber, die Machthaber der Entente. denen gegenüber hat unsere Regierung einen festen Rechtsboden unter den Füßen. Denn diese Herrschaften haben eine vertragsmäßige Pflicht, für die Ordnung in Oberschlesien zu sorgen, bis die freie Abstimmung erfolgt ist, und sie haben auch die Macht, diese Pflicht zu erfüllen, da ihnen die Befehlstruppen und die ganze Polizeigewalt im Lande zur Verfügung stehen.

Demgemäß erhebt unsere Regierung die offene Anfrage, daß die trostlose Lage in Oberschlesien verschuldet ist durch die Unterlassungssünden der internationalen Kommission, die nicht energig genug gegen die Verbrecher und Banditen vorgeht und von ihren großen Machtmitteln nicht den unparteiischen Gebrauch macht, der zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig wäre. Für diese Anlagen werden auch sofort die durchschlagenden Beweise geliefert in der genauen Angabe einer

Menge von Freizeiten und von den Hilfsmitteln der polnischen Freier, die sich bei gutem Willen wohl hätten verschütten oder beseitigen lassen.

Auf dieses Sündenregister hin wird dann an die alliierten Regierungen die erste Aufforderung gerichtet, daß sie sich ihrer Verantwortung für Ruhe und Ordnung bewußt werden und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um der Bevölkerung wieder die Sicherheit zu geben, ohne die eine freie Abstimmung nicht denkbar ist.

Um sich ein richtiges Bild von dem bisherigen Verschulden zu machen, braucht man sich bloß vorzustellen, was geschehen wäre, wenn die Sache umgekehrt läge. Denken wir uns einmal, die Mäurerbanden und Mordgesellen kämen nicht von Polen her, sondern von Deutschland her nach Oberschlesien, und ein deutscher Abstimmungskommissar betriebe die Aufhebungen durch Wort und Tat so, wie es jetzt Korsantzy besorgt. Welch eine Entrüstung wäre dann in der ganzen Entente und in den befreundeten Staaten über das friedensbrecherische Deutschland hereingebrochen! Wie schnell wären die Befehlstruppen an die deutsche Grenze geschickt worden, um den Banden den Weg zu verlegen! Mit welchen Drohnoten und Strafmitteln wäre die deutsche Regierung heimgesucht worden, um sie zur Achtung vor Recht und Frieden zu zwingen! Nun kommt aber das schändliche Treiben nicht von der deutschen Seite, sondern von den geliebten Polen, und da bleiben die berufenen Wächter der Ordnung und der Gerechtigkeit stumm und müßig. Die friedlichen Deutschen in Oberschlesien fühlen sich schutzlos. Dort geht wirklich Gewalt vor Recht, sogar vor dem Recht, das die Machthaber der Entente in ihrem Friedensdiktat selber förmlich und feierlich festgestellt haben.

Die deutsche Note stellt das bisherige schändliche Treiben in helle Beleuchtung. Sollte diese Verurteilung an das Rechts- und Anstandsgefühl nicht zur Besserung in letzter Stunde führen, so wird wenigstens die Welt wissen, daß die bisher angebahnte gewalttätige Lösung der oberschlesischen Frage niemals rechtskräftig werden und niemals zum Frieden führen könnte.

Die Regierung hat das ihrige getan. Wir alle wollen das unfertige Tun in der Unterstützung der heimattreuen Oberschlesier.

Sturz des Kabinetts Lhgues.

Wegen seiner schwachen Haltung in der Entwaffnungsfrage.

— Paris, 12. Januar. Die französische Regierung ist gestürzt worden. In der Kammer waren drei Anfragen über die Finanzpolitik, über die innere Politik und über die Entwaffnung Deutschlands eingebracht worden, deren sofortige Beantwortung verlangt wurde. Die Regierung widersetzte sich dem und erklärte, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der internationalen Konferenz in Paris die Vertagung der Anfragen anzunehmen. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte darauf die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Daraufhin erfolgte der Rücktritt des Kabinetts.

Der Sturz des Kabinetts Lhgues wurde schon seit Wochen vorausgesehen. Das Ministerium, das nach knapp dreimonatiger Lebensdauer von der Bildfläche verschwand, befand sich dauernd in einer heißen Lage. Als Lhgues bei der Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik dessen Nachfolger wurde, herrschte allgemein die Ansicht, daß er lediglich die Verantwortung für die Führung der auswärtigen Politik durch Millerand selbst zu tragen habe. Schon aus diesem Grunde genos das Kabinett wenig Autorität, und es war kaum anzunehmen, daß dieser Zustand angesichts der selbständigen Stellung der Kammern lange andauern würde.

Das Ministerium ist auf der anderen Seite an die Beschlüsse der Kammer gebunden. Die gegenwärtige Deputiertenkammer, die „Siegeskammer“, weist eine ausgesprochen nationalistisch orientierte Mehrheit auf, die ihre wesentliche Aufgabe in der völligen Wehrlosmachung Deutschlands und in der restlosen Befriedigung der französischen Wiedergutmachungsforderungen erblickt. Lhgues bemühte sich vergebens, es der Kammermehrheit recht zu machen. Trotz seiner unzähligen Entwaffnungs- und Drohnoten konnte er sich das Vertrauen der Deputierten nicht erringen. Einmal machte man dem Ministerium „seine schlaffe Haltung“ bei der Ausführung des Friedensvertrages zum Vorwurf, insbesondere bemängelte die Kammer seine „Nachgiebigkeit“ in der Entwaffnungsfrage, auf der anderen Seite erregten die dauernden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern die Unzufriedenheit des Parlaments.

Schließlich bewies das Kabinett auch keine geschickte Hand in der Leitung der auswärtigen Politik. In der bekannten, alle deutschen Unterlassungssünden zusammenfassenden Stöbernote wurden Repressalien und Strafmaßnahmen angedroht, ohne daß die Pariser Regierung sich vorher der Zustimmung seiner Alliierten verschert hatte. Die nachträgliche Desavouierung der französischen Politik durch England war ein harter Stoß für das Selbstbewußtsein des französischen Volkes.

tes, das eine Unterordnung unter den Willen Lloyd Georges durchaus ablehnt.

Lhgues ist nach Ansicht der Kammer durchaus nicht der Mann, der stark genug sein würde, in der Entwaffnungsfrage vor England nicht zurückzuweichen. Darum ist die französische Kammer nicht zurückgeschreckt, unmittelbar vor großen außenpolitischen Entscheidungen, acht Tage vor dem Zusammentritt der Pariser Entwaffnungskonferenz, das Ministerium Lhgues durch die Interpellationen zu Fall zu bringen. Mit einer in der französischen Parlamentsgeschichte ungewöhnlich großen Mehrheit hat die Kammer Lhgues zum Rücktritt gezwungen, weil man ihn für zu schwach hält, um in der Entwaffnungsfrage gegenüber England die Forderungen der Kammer durchzusetzen.

Die Entscheidung über die Nachfolge Lhgues ist noch nicht gefallen. Als ernsthafteste Kandidaten für die Ministerpräsidentenwürde werden der frühere Ministerpräsident Ribbiant, der Kammerpräsident Peret und Poincare genannt. Ferner wird die Kandidatur Barthelemy, der seit langer Zeit als Vizepräsident in Rom weilte und als einer der fähigsten Diplomaten Frankreichs gilt, genannt. Wie der kühle Mann auch heißen mag, den die Kammer an die Spitze der Regierung beruft, so viel steht fest, daß wir von der Regierungswechsel nichts Gutes zu erwarten haben. Noch mehr denn je wird sich die neue Regierung den Wünschen des Parlaments anpassen müssen. Schon jetzt kann die Vorberhandlung für die Pariser Konferenz als unglücklich gescheitert gelten. Die weiteren Folgen werden sich bei den bevorstehenden Verhandlungen über die deutsche Entwaffnung und die deutsche Entschädigungszahlung zeigen.

Gefährdung des Viehbestandes.

Zunahme der Abschachtungen.

An mehreren Stellen der deutschen Tagespresse, wie auch in der landwirtschaftlichen Fachpresse tauchen in der letzten Zeit Befürchtungen auf, daß nach Aufhebung der Zwangsablieferung die Abschachtungen überhand genommen hätten. Es ist selbstverständlich, daß seitdem eine Steigerung der Abschachtungen eingetreten ist. Wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, sind im dritten Vierteljahr 1920 356 427 Schweine geschlachtet worden gegen 79 027 im Vorjahre. Eine Zurückhaltung in der Abschachtung von nicht ausgemästeten Schweinen ist zweifellos dringend notwendig.

Was die Rinderabschlachtungen anbelangt,

so braucht man wegen des Nachwuchses keine Befürchtungen zu haben. Ist doch die Zahl der geschlachteten Jungkühe von 228 154 im dritten Vierteljahr 1919 auf 179 868 zurückgegangen. Die Küheerzeugung auf den Märkten ist im Verhältnis zu der Vorkriegszeit sehr gering, in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 13. November 1920 wurden in Breslau 518 Kühe aufgetrieben, während in etwa derselben Zeit im Jahre 1913 3907 aufgetrieben wurden. In Köln waren es zur selben Zeit 1920: 123, 1913: 3177, in Dresden 1920: 636, 1913: 5388, in Frankfurt a. M. 1920: 463, 1913: 4353, in München wurden 1913 fast 16 000 mehr aufgetrieben als 1920.

Bei der Abschachtung von ausgewachsenem Rindvieh versteht es sich von selbst für den Bauern, seine Milchkuhe und Zugochsen nicht abzuschlachten. Er wird nur Tiere auf den Viehmarkt bringen, die durch ihr Alter oder sonstigen Mangel ihren spezifischen Wert verloren haben, und die weiter zu halten für ihn unrentabel sein würde. Hier spielt allerdings die

Intermittentbeschaffung zu angemessenen Preisen eine große Rolle. Kann diese nicht ermöglicht werden, so kann allerdings unser Rindviehbestand in schwere Gefahr kommen. Von schwerwiegender Bedeutung sind sowohl für den Rindvieh- als auch für den Schweinebestand die mangelhaften Forderungen unserer Feinde an Stieren, Milchkuhen, Ferkeln und Mutterchweinen, die allerdings geeignet sind, den Viehbestand des deutschen Volkes zu gefährden.

Die Eisenbahner verhandeln.

Eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaftsbünde.

Die Vorstände der vier großen Eisenbahnerverbände haben nunmehr zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen und haben auf Grund der einmütigen Ablehnung ihrer Mitglieder im ganzen Lande übereinstimmend die sofortige Einleitung neuer Verhandlungen mit der Regierung beschlossen. Am Mittwoch ist darauf der Sechzehnerausschuß zu einer Besprechung zusammengetreten. Hierbei ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die dann in einer am gleichen Tage abgehaltenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrates eingebracht besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeständnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der gesamten Gewerkschaftsbünde bereit, sofort mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird.

Die Gewerkschaftsbünde haben bereits die von den Beamten gewünschte Verhandlungsaufforderung eingelegt und zunächst dem Reichskanzler Bericht über

Die Wünsche der Beamten gegeben, um schnellig die Einstellung neuer Verhandlungen herbeizuführen. Diese dürften sofort eingeleitet werden, indem zunächst die Gewerkschaftsbünde eine anderweitige Regelung der Feuerungsbezüge in Vorschlag bringen werden unter größerer Berücksichtigung auch der Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, deren Mitglieder sich bei der letzten Urabstimmung mit großer Mehrheit für den Streik ausgesprochen haben, falls die Regierung ihren Forderungen nicht Rechnung tragen will, hat nach zweitägiger Beratung eine Entschließung gefasst, in der der angebotene Vergleich der Regierung als unannehmbar bezeichnet wird. Die Reichsgewerkschaft wolle durch aus nicht durch maßlose Geldforderungen die wirtschaftliche Lage des Landes noch weiter verschlechtern, doch die Gehaltsgruppen, die am dringendsten der Hilfe bedürften, müssten bei der Regelung wirkungsvoll berücksichtigt werden. Zunächst solle versucht werden, im Rahmen der bisherigen gewerkschaftlichen Einheitsfront ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen, im Bedarfsfalle wolle man jedoch auch vor der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels nicht zurückweichen.

Streikverbot für die Eisenbahner im besetzten Gebiet.
Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim: Die Unterkommission Ludwigsbafen der Interalliierten Kommission hat unter Ablehnung jeglichen Schiedsspruchs ein Streikverbot für die Eisenbahner des besetzten Gebietes erlassen.

Einheitsfront der Eisenbahner.

Eine gemeinsame Ergänzungsaktion.
Sämtliche großen Eisenbahnerorganisationen haben nunmehr zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Sechzehnerausschuss Stellung genommen. Soweit die bisherigen Beratungen erkennen lassen, werden die Zugeständnisse der Regierung von allen vier Verbänden einstimmig als völlig unzureichend befunden. Die Verbände wollen einen gemeinsamen Schritt bei der Regierung unternehmen, um der Not der Beamten und Arbeiter ausreichend abzuwehren.

Gegen die Absenkung der Zulagen.
Eine Entschließung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wendet sich vor allem gegen die „unsoziale Absenkung der Zulagen“, die übersehe, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise auf dem ganzen deutschen Warenmarkt erzeugt hätten. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sehe sich der erweiterte Vorstand außerstande, beruhigend auf die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes einzuwirken.

In der Voraussetzung, daß auch die Vorstände der übrigen Großorganisationen der Eisenbahner trotz des erreichten Teilerfolges ähnliche Schwierigkeiten in ihren Mitgliederkreisen vorfinden, wurde beschlossen,

„die bisher im Sechzehnerausschuss zusammengefassten Verbände zu erlösen, die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unerträglichen Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen. Der erweiterte Vorstand beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzufahren.“

Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden verpflichtet, sich angekündigten Teilstreiks mit aller Energie zu widersetzen.

Auch die übrigen Eisenbahnerverbände sind der Überzeugung, daß die Abmachungen besonders in den unteren Lohn- und Gehaltsklassen ganz unzureichende

Einkommenserhöhungen bringen und daß durch eine gemeinsame Ergänzungsaktion sämtlicher Eisenbahner eine befriedigende Gehalts- und Lohnaufbesserung in dem ursprünglich geforderten Ausmaß durchgesetzt werden muß.

Bisher 60,3 Prozent für den Streik.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten liegt jetzt für die ehemals preussisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 319 782 Beamten nur 78,5 Prozent, nämlich 255 000 Beamte, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192 953 Beamte, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft gestimmt. Die Regierung nimmt an, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent, zurückgehen wird.

Aus aller Welt.

„Unwetter in der Nord- und Ostsee.“ Das stürmische Wetter hat den Schiffsverkehr fast völlig lahmgelegt. Mehrere Schiffe sind in Cuxhaven auf der Kleebe vor Anker gegangen oder nach dem Hafen zurückgekommen. Auch die zum Heringsfang unterwegs befindliche Fischerflotte hat Schutz suchend nach Hamburg zurückkehren müssen. Der Dampfer „Reval“, Kapitän Wilson, mit Passagieren von London nach Danzig bestimmt, ist 10 Kilometer westlich von Romel an der pommerischen Küste gestrandet. 30 Personen wurden durch den Raketenapparat der Rettungsschiffstation Romel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gerettet.

„Zeichen der Zeit.“ In einer Moskauer Zeitung fand sich folgende Anzeile: „Zum Stadtpark Mittwoch: Großer Arbeitslosenball. Eintritt frei. Anfang 7 1/2 Uhr.“ — Im Giesdorf Mahen, das amerikanische Besatzung hat, bringt das Lokalblatt nachstehende Ankündigung: „Tanz-Vergnügen. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr beginnt im „Hotel zur Reichspost“ ein allabendlich stattfindendes amerikanisches Tanz-Kränzchen. Jede Dame erhält pro Tanz 1 Mark. Zivilisten haben keinen Zutritt.“ — Kommentar überflüssig.

„Ein Dynamitattentat auf ein obersteiliges Gasthaus.“ In Friedrichsgrube in Rattowitz wurden am 10. Januar zwei Dynamitbomben in das Gasthaus von Gotthilf geworfen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch ist der Schaden sehr groß. Von den Tätern fehlt jede Spur.

„Die Erfurter Waffenschließungen.“ In der Angelegenheit der Erfurter Waffenschließungen sind neue Verhaftungen erfolgt. Es ist festgestellt worden, daß Waffenteile aus den Beständen der Reichstreuhandgesellschaft fehlen. Der Lagerhalter der Gesellschaft befindet sich unter den Verhafteten.

„23 Opfer eines Grubenbrandes.“ Die bei dem Grubenbrand in Arzels (Spanien) abgegangenen 23 Bergleute konnten trotz des unternommenen Rettungsversuches nicht befreit werden. Sie werden als verloren betrachtet.

Kleine Nachrichten.

* Der 21 Jahre alte Student Hans Schütte, ein Pfarrersohn aus Köln, ist von einer über Belhne ten unternommenen Tour in die Nahe des Alp bei Sengries in Oberbayern nicht mehr zurückgekehrt und wahrscheinlich verunglückt.

* Ein Marineflugzeug stürzte in den Schären bei Stockholm ab. Die beiden Insassen sind ertrunken.

* In einem phrotechnischen Laboratorium in Riga explodierten mit furchtbarer Gewalt dort aufgestellte Feuerwerkskörper und fielen in kurzer Zeit das ganze Haus in Flammen. Drei Personen sind bei der Explosion getötet worden.

Des Andern Ehre.

Roman von H. Courte-Maher.

(Nachdruck verboten.)

„Aber so plötzlich, Heinz — nein, ich kann mir nicht helfen — es ist mir ganz unheimlich, wie brav du jetzt immer bist. Und du doch ewig zu Hause. Das geht nicht mit rechten Dingen zu.“

Karl Althoff hatte Heinz scharf beobachtet. Auch ihm war Heinz' verändertes Wesen nicht entgangen. Aber er glaubte eine Erklärung gefunden zu haben.

„Daß nur gut sein, Mädchen. Wenn junge Leute ohne besonderen Grund die Köpfe hängen lassen, gibt es nur eine Erklärung. Der Junge wird uns wohl nächstens mit seiner Verlobung überraschen.“

Milchen fuhr freudig erstaunt empor. „Du bist verliebt, Heinz? Gestehe es, Junge, wen hast du denn auf dem Korb?“

Robert lachte. „Hast du Heinz schon mal anders als verliebt gesehen, Mutter?“ fragte er ein wenig spöttisch.

„Ach, Unsinn, Robert! Diesmal scheint es Ernst zu sein. Sag's doch, Heinz! Du weißt doch, wie ich mich freuen würde. Am Ende könnten wir gar eine Doppelhochzeit feiern, das wäre wunderschön. Sag's Junge, sei nicht so verschlossen!“

Heinz streifte ihr die erregt geröteten Wangen. „Mit der Doppelhochzeit wird's nichts, Milchen — ganz aussichtslos. Ich heirate nicht, da schied dich drein.“

„Nicht heiraten! Was soll denn da aus dir werden?“

„Ich entwickle mich zum Erbonkel für Roberts und Felix' künftige Kinder — das ist eine ganz schöne Beschäftigung.“

„Ach, nun sei doch mal vernünftig, Heinz,“ schalt die Mutter ärgerlich.

„Siehst du, Milchen, nun bin ich dir schon wieder zu unvernünftig.“

„Na — irgend etwas ist auch nicht richtig mit dir.“

„Soll ich's dir anvertrauen, Milchen?“

Sie nickte lebhaft.

Er nahm sie beim Kops und flüsterte ihr geheimnisvoll ins Ohr: „Ich habe einen Katenjammer, einen riesig großen.“

Sie zuckte ärgerlich zurück. „Der hält doch nicht tagelang an.“

Er seufzte. „Doch, Milchen, die Sorte ist anhänglich.“

Karl Althoff sah ihn scharf an. „Ist es vielleicht ein moralischer Katenjammer, Heinz? Hast du was auf

dem Kerbholz?“

Heinz sah dem Vater ernst in das kluge Gesicht. „Ja, Vater. Ich hatte mir eine Suppe eingebrockt. Nun habe ich sie ausgegessen, und sie liegt mir noch etwas schwer im Magen.“

Der Vater nickte. „Dann Schlupf, Milchen! Er hat einen gesunden Magen und wird sich nicht lange nutzlos mit Sachen herumschlagen, die nicht mehr zu ändern sind.“

Heinz drückte dem Vater die Hand. So war dieser immer. Ohne viel Worte sah er den Dingen auf den Grund und hatte einen guten, treffenden Gedanken in Bereitschaft.

„Nichts ist törichter, als nutzlose Reue, mein Sohn,“ sagte Karl Althoff noch. Damit war für ihn das Thema erledigt.

Milchen aber seufzte bedrückt. „Man hat seine Not mit euch Jungen. Das sag ich dir aber, Heinz, zum Hagestolz darfst du mir nicht werden. Das fährst mir. Schniegertüchter will ich haben und eine ganze Reihe kleiner Entleerungen — lauter Mädeln, denn mit Jungen mag ich mich nicht mehr abquälen.“

„Milchen, nimm dir nichts vor, dann schlägt dir nichts fehl,“ sagte Heinz neckend.

„Na ja — mit euch hab ich wirklich meine Not. Auch mit Robert. Da freue ich mich unsäglich auf seine Hochzeit. Und was tut er? Draußen am andern Ende der Stadt mietet er ein Landhaus, um dort mit seiner jungen Frau zu wohnen. So ein Ende Weges. Da komme ich doch höchstens einmal die Woche hinaus.“

Karl Althoff lachte. „Milchen — ich glaube, das will er ja gerade. Solch junges Volk will doch allein sein.“

Milchen sah mit großen Augen um sich. „Na was hab ich denn da von meinen Kindern?“

„Siehst du wohl, solange sie noch nicht verheiratet sind, gehören sie dir, nachher der Frau.“

Milchen sah ganz betreten aus. „Das hab ich mir ganz anders gedacht. Zu meinen drei Söhnen wollte ich noch drei Töchter haben.“

„Tröste dich nur, Mutter. Zum Ersatz schicken wir dir täglich unsere Kinder,“ tröstete Robert lächelnd.

„Ach — wenn ihr nur erst welche habt, dann wollt ihr sie auch für euch behalten. Nein, das sag ich euch, einer von euch muß hier im Hause bleiben, wenn er heiratet. Dann wird das dritte Stöckwerk neu hergerichtet, das geht ganz schön.“

„Also gut, Milchen, der nächste, der von uns heiratet, bekommt das dritte Stöckwerk zur Wohnung. Abgemacht. Nicht wahr, Felix, wir verpflichten uns eidlich?“

„Höhere Einkünfte der Volksschullehrer. Der Haushaltsausschuss der preussischen Landesversammlung hat über das Einkommen der Volksschullehrer einstimmig einen Beschluß gefaßt, durch den diese, abweichend von der Regierungsvorlage, die die Einstellung in die 8. Besoldungsklasse vorsah, in die 9. Klasse verfest werden. Der Streikfall ist damit zugunsten der Lehrerschaft entschieden.“

„Am das Hebammengesetz. Die Preussische Landesversammlung hat das Gesetz über die Neuordnung des Hebammenwesens in zweiter Lesung angenommen. Bei der Einzelberatung wurden verschiedene vom Zentrum eingebrachten Änderungsanträge angenommen. So bleibt das Recht der Anstellung und Entlassung der Hebammen den Kreisen überlassen und nicht, wie der Ausschuss beschloß, hatte, den Provinzialverbänden. Den Kreisen steht auch die Anweisung des Wohnsitzes der Hebammen zu. Außerdem soll die freie Wahl der Hebammen gestattet sein.“

„Eternbeiräte in Braunschweig gesetzlich festgelegt. Der braunschweigischen Landesversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem an allen öffentlichen Volks-, Mittel- und höheren Schulen Eternbeiräte gebildet werden müssen. Die Amtsdauer der Eternbeiräte beträgt drei Jahre. Auf je 50 Kinder entfällt ein Eternbeiratsmitglied.“

„Sachsen beantragt eine Erwerbslosensteuer. Die sächsische Regierung beantragte bei der Reichsregierung, die Erwerbslosenunterstützung auf täglich fünfzehn Mark für Männer und angemessen auch für Frauen zu erhöhen. Die Unternehmer sollen dazu besonders herangezogen werden. Von mehrheitssozialistischer Seite wurde in der letzten Landtagsitzung die Erhebung einer besonderen Erwerbslosensteuer von der Industrie gefordert, die nach der Höhe der Dividenden abgestuft werden soll.“

„Neber das Befinden der Kaiserin wurde am 11. Januar folgender Bericht aus Haus Doorn abgegeben: Das körperliche Widerstandvermögen vermindert sich langsam, aber stetig. Die Zunahme der Blutstauungen führt zu stärkeren Benommenheiten. Der Zustand ist als sehr ernst zu bezeichnen. Der frühere Kronprinz ist nach Doorn abgereist, um seine kranke Mutter zu besuchen.“

„Schweres Baumunlück in Bahr. In Salzburg bei Passau stürzte ein Scheunennetz ein, als sämtliche Arbeiter am Dachstuhl arbeiteten. Ein Zimmermeister und ein Zimmermann wurden getötet und gegen zehn Arbeiter schwer verletzt.“

„Eine große Brotmarkenfälschung wurde dieser Tage in einer Dortmunder Buchdruckerei entdeckt. Schon seit längerer Zeit wurden nicht nur fertige Brotmarkenfeste, sondern auch die zur Herstellung von Brotmarken notwendigen Materialien im bedeutenden Umfang gestohlen. Bisher sind sechs Drucker der Firma in die Sache verwickelt. Zwei davon sind flüchtig. Ein Teil des veruntreuten Papiers sowie eine zur Herstellung falscher Scheine benutzte Druckpresse konnten beschlagnahmt werden. Zehn Bäckereimeister, die als Abnehmer der falschen Scheine in Frage kommen, sind verhaftet worden. Die Mehrlieferung der Stadt Dortmund ist durch die Affäre erheblich geschädigt.“

„Aufklärung eines schweren Raubmordes. Der Hertener Polizei ist es gelungen, den am 11. Juli 1920 im Hertener Walde an der Lehrerin Schumann aus Eiden verübten furchtbaren Mord aufzuklären. Als der Tat dringend verdächtig ist der auf der Heide Ewald arbeitende Bergmann Dörsch aus Hertener verhaftet worden, der am Silvesterabend einen ganz ähnlichen Überfall in einem Wäldchen von Bertlich auf eine Frau ausführte.“

Kleine Nachrichten.

* In Frankfurt a. M. soll eine „Akademie der Arbeit“ veruchsweise für ein Jahr ins Leben gerufen werden.

Felix nickte. „Ja, Heinz, das können wir ja der Mutter zur Beruhigung versprechen.“

Robert brachte ein anderes Thema auf. „Ich habe übrigens heute Henriette getroffen. Mein Gott, sieht der Mann elend aus! Er muß sich die Krankheit seiner Frau sehr zu Herzen genommen haben.“

„Ja, das habe ich auch gefunden, als ich ihn neulich traf,“ warf Karl Althoff ein. „Er muß sich furchtbar gefordert haben. Gottlob ist die Frau auf dem Wege der Besserung. Hast du dich vielleicht beim Konsul nach ihrem Befinden erkundigt, Robert?“

„Ja, Vater. Es geht besser. Aber zur völligen Heilung ist ein Aufenthalt im Süden vom Arzt verordnet worden.“

„So, so, dann werden sie wohl bald reisen?“

„Sobald es der Arzt gestattet.“

Heinz war während dieser Unterhaltung an das Fenster getreten. Felix gab dem Gespräch eine andere Wendung, wenigstens er sehr gerne erfahren hätte, ob Helma Oßers den Konsul und seine Frau begleiten würde. Obwohl er sich einredete, daß es gut für ihn sei, wenn er sie nicht wiedersehen würde, brannte doch die Sehnsucht nach ihrem Anblick wie ein stetig glimmendes Feuer in seinem Herzen.

Am Abend desselben Tages trat Heinz, wie jetzt oft, zu Felix ins Zimmer. „Störe ich dich bei deinen Büchern, kleiner?“

„Nein, Heinz, die laufen mir nicht fort. Willst du mir Gesellschaft leisten?“

„Wenn du mich nicht rauswirfst. Verdenken könnte ich es dir nicht. Ich höre dir jetzt ewig auf der Bude.“

„Für mich ist das sehr angenehm, Heinz. Aber du sollst dich nicht so von allem Verkehr zurückziehen.“

Heinz steckte eine Zigarette in Brand. „Ist die bloße Angst, daß ich meinen Vorlesungen untreu werde.“

„Was soll denn das für Vorlesung?“

„Eigentlich nur einer — ich will mich nie mehr verlieben, will nichts mehr mit den Frauen zu tun haben.“

Felix lachte gutmütig. „Das hältst du nicht lange aus.“

„Meinst du?“

„Ja, das meine ich. Ist ja auch Unsinn. Damit machst du Gehehenes nicht ungeschehen. Such dir doch ein nettes Mädchen aus und heirate. Ich glaube, das ist das Beste für dich.“

Heinz warf sich auf den Divan und sah den Rauchwolken seiner Zigarette nach.

Bekanntmachung!

Wir haben uns entschlossen, von heute ab die der Mode unterworfenen Konfektion mit Schaden zu verkaufen und ebenso auf spezielle Wintersachen von Fall zu Fall bis

30 Prozent Rabatt zu geben.

Wenn andere Geschäfte auf reelle Stückware 10 Prozent Rabatt geben, so ist das nur dadurch zu erklären, daß die betreffenden Geschäfte von vornherein ihre Ware zu teuer ausgezeichnet, oder aber für die Inventur-Ausverkäufe minderwertige Ware extra eingekauft haben. Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, sich in unseren Geschäften von den preiswerten und guten Qualitäten ohne Kaufzwang zu überzeugen.

P. A. Lange Söhne

H. Lilienthal

C. Schrader jr.

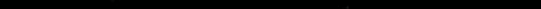
W. M. Pott.

30 Prozent Rabatt zu geben.

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, sich in unseren Geschäften von den preiswerten und guten Qualitäten ohne Kaufzwang zu überzeugen.

C. Schrader jr.
W. M. Pott.

**Bürgermeister a. D.
Ludwig Rohden**



Inventur-Ausverkauf!

Beginn: Montag, den 17. Januar 1921.

Zum ersten Male seit 6 Jahren veranstalte ich wieder meinen aus Friedenszeiten bekannten Inventur-Ausverkauf. Der Mode unterworfenen Konfektion und Stoffe sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt und biete ich die billigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres.

Zirka 300 Teile Damen- und Kinder-Konfektion

Auf alle Stoffe, Kleiderstoffe, Huxkins, Wäsche, Strümpfe, Handschuhe, Handarbeiten während des Ausverkaufs 10 Prozent Rabatt.

Carl Herzfeld, Steinheim.

Die zum Ausverkauf
gestellten Waren
sind größtenteils zu
Berlustpreisen
herabgesetzt.

Turnverein Steinheim.



Am Sonntag, den 16. Januar
begeht der Turnverein sein diesjähriges

Winter-Vergnügen

im Saale des Herrn Ferdinand Hillebrandt.

Anfang punkt 7 dreiviertel Uhr.

Zutritt **nur** für aktive und passive Mitglieder nebst ihren Angehörigen. Passive Mitgliederkarten sind bei unserem Kassenswart, Herrn Ernst Böwenstein, zu haben.

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Die Ausgabe der Brotkarten für die Zeit vom 16. Januar bis 12. Februar findet am Freitag statt und zwar:

von 11-12 Uhr für die Hausnummern 1-100
von 12-1 Uhr für die Hausnummern 101-200
von 2-3 Uhr für die Hausnummern 201-300
von 3-4 Uhr für die Hausnummern 301-400
von 4-5 Uhr für die Hausnummern 401-Schluss.

Steinheim, den 12. Januar 1921.

Der Bürgermeister: J. B. Reineke.

Bekanntmachung!

Die monatliche Wahlkarten-Ausgabe findet nächsten Montag auf dem Magistratsbüro in der Zeit von 8-12^{1/2} Uhr und von 2-5 Uhr statt.

Steinheim, den 12. Januar 1921.

Der Bürgermeister: J. B. Reineke.

Bekanntmachung!

Durch den Preussischen Staatskommissar für Volksernährung ist gemäß § 5 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 als äußerster Zeitpunkt, bis zu dem jeder Besitzer von beschlagnahmten Vorräten an Brotgetreide und Gerste auszubereiten hat, der 31. Januar ds. J. festgesetzt.

Die Landwirte werden dementsprechend aufgefordert, den Ausdruck sofort vorzunehmen und zu beendigen.

Wegen der erforderlichen Druschsohlen wolle man sich an die zuständigen Kohlenhändler wenden; so weit diese über die entsprechenden Vorräte nicht verfügen, ist eine Meldung an die unterzeichnete Stelle erforderlich.

Das ausgedroschene Getreide ist, mit Ausnahme des Saatgutes und der Selbstversorgung, an die Kommissariate des Kreises abzuliefern.

Kreisaußschuß Hörter, Getreidestelle.

Stedrüben!

Falls noch genügend Aufträge auf Stedrüben erhalte, beabsichtige ich noch einen Waggon kommen zu lassen. Bestellungen nehme bis Montag entgegen.

J. Haff, Steinheim, Fernsprecher 57.

Die Verleumdung, die ich gegen den Tischler August Borch hier ausgesprochen, nehme ich unter dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurück, und erkläre es als unwahr.

Steinheim, den 13. Januar 1921.

Heinrich Lehmann.

Künstliche Düngemittel

wie:

Kalkstickstoff ab Waggon

billigst.

Ammoniat, Thomasmehl, Kali Ammoniat-Superphosphat etc. ab Lager

Ferner:

Sutter für Schweine, Kühe und Pferde.

J. Herzfeld, Steinheim.

Verkauf!

Wegen Aufgabe meines Fuhrwerks lasse ich am Dienstag, den 18. Januar, vormittags um 10 Uhr anfangend, folgende Sachen verkaufen:

1 großen braunen Wallach (Oldenburger), gutes Zug- und Laufpferd,

1 Sechsfacher Break, 1 Federwagen, 30 Ztr.

Tragkraft, 1 schwerer bedeckter Bierwagen,

wenig gebraucht, 2 komplette Pferdegeschirre,

1 Bier-Absfüller mit 4 Krähnen, ganz wenig

gebraucht und sonstige Geräte.

Carl Kleine, Steinheim

Gasthof „Zur Post“.

Steinheimer Lichtspiele.

Am Sonntag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr:

Die Schuld.

Drama in 4 Akten mit Henry Borten.

Paulchen Semmelmanns Flegeljahre.

Großes Luststück mit Paul Heidemann.

Preise der Plätze:

Sperrsit 5.00 Mark. 1. Platz 4.00 Mark. 2. Platz 3.00 Mark. 3. Platz 2.00 Mark.

Hotel „Zur Krone“.

Steinheimer Lichtspiele.